

# Paderborner Volksblatt

## für Stadt und Land.

Nro. 72.

Paderborn, 16. Juni

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

### Anzei ge.

Da mit dem 1. Juli ein neues Abonnement auf das „Paderborner Volksblatt“, welches von da ab den Titel „**Volksblatt für Stadt und Land**“ führen wird, beginnt, so ersuchen wir die geehrten auswärtigen Abonnenten, wie auch diejenigen, welche sich neu zu abonniren wünschen, die Bestellungen auf das nächste Quartal (Juli, Aug., Septbr.) möglichst früh bei der nächsten Post oder der Expedition des Blattes zu machen, damit sie zu rechter Zeit in den Besitz der ersten Nummern kommen. — In Brilon wird die Junfermann'sche Buchhandlung sowohl Bestellungen auf das „Volksblatt“ als auch Inserate für dasselbe entgegennehmen, welche letztere bei der großen Verbreitung desselben von entsprechend Wirksamkeit sein werden. — Den Interessen des Paderborner Landes, wie auch den Angelegenheiten des Briloner Kreises werden wir besondere Aufmerksamkeit schenken. —

Die Tendenz des Blattes bleibt die bisherige. Wir werden fortfahren, den geehrten Lesern desselben die politischen Berichte möglichst schnell und der Wahrheit gemäß mitzutheilen. — Die Hauptbeschlüsse der Piusvereine Deutschlands werden wir ebenfalls zur Kenntniß des Publikums bringen.

Paderborn, im Juni 1849.

Die Redaktion des Paderborner Volksblattes.

### Uebersicht.

Entwurf der Verfassung des deutschen Reiches.

Deutschland, Berlin (Ministerium; Entlassung einiger Verhafteten; Prinz v. Preußen; Herr von Römer u.) Frankfurt (Prinz v. Preußen; Oesterreichische Truppen; pfälzische Freischaaaren); Mainz (Wahlmännerversammlung untersagt); Koblenz (Reichsarmee in die Pfalz gerückt); Neuß (Pius-Verein); Darmstadt (Minister-Austritt); Bruchsal (Eröffnung der constit. bad. Verf.); München (Aufhebung des Landtages); Speyer (Landsturm).

Schleswig-Holstein (Orla Lehmann u.)

Ungarischer Krieg.

Dänemark, Kopenhagen (russisches Kriegsdampfschiff); Aarhus (dänische Streitmacht).

Frankreich Paris (Stimmung der Stadt; Nachrichten aus Rom; Cholera; Louis Napoleon u. in Anklagezustand; Marshall Bugeaud.)

Italien (Truppenbewegungen gegen Rom.)

Vermischtes.

### Entwurf

der

(von der preussischen, sächsischen und hannoverschen Regierung projectirten)

#### Verfassung des deutschen Reiches.

(Bemerkung: Diejenigen Stellen und Worte, die sich nur in der preussischen Vorlage befinden, sind gesperrt gedruckt; die anderslautenden Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung sind zwischen Klammern gesetzt.)

(Schluß.)

#### Abschnitt VII.

##### Die Gewähr der Verfassung.

Art. I. §. 190. (Bei jedem Regierungswechsel tritt der Reichstag, falls er nicht schon versammelt ist, ohne Berufung zusammen, in der Art, wie er das letzte Mal zusammengesetzt war. Der Kaiser, welcher die Regierung antritt.) §. 188. Der Reichsvorstand leistet (vor den zu einer Sitzung vereinigten beiden Häusern des Reichstages einen Eid) auf die Reichsverfassung folgendes eidliches Gelöbniß: (Der Eid lautet) „Ich schwöre, das Reich und die Rechte des deutschen Volkes zu schützen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie gewissenhaft zu vollziehen. So wahr mir Gott helfe!“ (Erst nach geleistetem Eide ist der Kaiser berechtigt, Regierungshandlungen vorzunehmen.) Der Eid der Bevollmächtigten zum Fürstencollegium lautet wie folgt: „Ich schwöre, das Reich und die Rechte des deutschen Volkes zu schützen und die Reichsverfassung aufrecht zu halten. So wahr mir Gott helfe!“ Diese Eidesleistungen geschehen bei Einführung gegenwärtiger Verfassung von den zu einer Sitzung vereinigten beiden Häusern des Reichstages. Bei späterem Wechsel wird der Eid im versammelten Für-

stencollegium abgelegt, und die darüber aufgenommene Urkunde dem nächsten Reichstage übergeben. §. 189 — 191. (gleichlautend.) Art. II. (gleichlautend.) Art. III. §. 194. Abänderungen in der Reichsverfassung können nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung sowohl des Reichsvorstandes, als des Fürstencollegiums (des Reichsoberhauptes) erfolgen. Zu einem solchen Beschluß bedarf es in jedem der beiden Häuser: 1) der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder; 2) zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen liegen muß; 3) einer Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bei jeder der beiden Abstimmungen. (Der Zustimmung des Reichsoberhauptes bedarf es nicht, wenn in drei sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden derselbe Reichstagsbeschluß unverändert gefaßt worden. Eine ordentliche Sitzungsperiode, welche nicht wenigstens vier Wochen dauert, wird in dieser Reihenfolge nicht mitgezählt. Art. IV. §. 195. Im Falle des Kriegs oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über den Gerichtsstand, die Presse, Verhaftung, Hausdurchsuchung und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden, jedoch nur unter folgenden Bedingungen: 1) Die Verfügung muß in jedem einzelnen Falle von dem Gesamtministerium des Reiches oder Einzelstaates ausgehen; 2) Das Ministerium des Reiches hat die Zustimmung des Reichstages, das Ministerium des Einzelstaates die des Landtages, wenn dieselben zur Zeit versammelt sind, sofort einzuholen. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als 14 Tage dauern, ohne daß dieselben zusammenberufen und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung müssen bei ihrem Zusammentreten die getroffenen Maßregeln ihnen sofort zur Genehmigung vorgelegt werden. Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten. Für die Belagerung des Belagerungszustandes (in Festungen) bleiben bis dahin die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft.

# Berlin, 13. Juni. Eine Aenderung im Ministerium dürfte in den nächsten Tagen in so fern stattfinden, als man es durch Ernennung eines auswärtigen Ministers vervollständigt. In einer Zeit, wo die Verwickelungen der auswärtigen Politik für unser Vaterland größer sind als seit vielen Decennien, da ein Ministerium an der Spitze zu haben, in welchem diese Partie durch keinen selbstständigen gewiegten Staatsmann vertreten ist, und statt dessen einen alten General, wie Graf Brandenburg ist, der nie eine Ahnung von diesen Verhält-